

Ganz einfach:

**Antifaschismus
als bürgerlicher
Minimalkonsens**

Rede von Ferda Ataman am 1.2.2020
Badisches Staatstheater, Karlsruhe
Konferenz von „Gemeinsam gewollte Gesamtkonzeption“

Was ist das Problem?

- Wir leben in einer Zeit, in der eine Partei in sämtlichen Landesparlamenten und im Bundestag sitzt, deren Mitglieder gegen Muslime, Geflüchtete und politische Gegner*innen hetzen.
- Wir leben in einer Zeit, in der der Chef des Bundesverbands der Feuerwehr sich klar gegen die AfD positioniert – und deswegen seinen Platz räumen soll.
- Wir leben in einer Zeit, in der der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und dem Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ die Gemeinnützigkeit aberkannt wird.
- In der unzählige Aktivist*innen, Journalist*innen, Politiker*innen und viele, die sich öffentlich gegen chauvinistischen Nationalismus stellen, bedroht werden. Wer gegen pauschale Migrationsabwehr und Islam-Bashing argumentiert, ist heute potenziell gefährdet.
- Und wir leben in Zeiten, in denen unsere Politiker*innen wissentlich Menschen ertrinken lassen, damit es Leute abschreckt, auf der Flucht nach Europa zu kommen.

**Warum
„Antifaschismus“
das richtige Wort ist**

Definition von „Antifaschismus“ im Duden:

1. Gesamtheit der Bewegungen und Ideologien, die sich gegen Faschismus und Nationalsozialismus richten
2. Gegnerschaft gegen Faschismus und Nationalsozialismus

Kurzwort: Antifa

Warum „Antifaschismus“ das richtige Wort ist:

- **Trotz der Definition wirkt der Begriff auf viele abschreckend. Unter der Kurzform „Antifa“ stellen sich viele linksradikale, gewaltbereite Antikapitalisten vor. Doch das ist fasch:**
- **Der Kampf gegen Faschismus sollte keiner politischen Richtung zugeordnet werden. Er muss ein demokratisches Projekt sein, er gehört nicht in die linke Ecke.**
- **Schuld am Imageproblem von „Antifaschismus“ sind interessanterweise nicht die Rechtsextremisten, sondern die Unionsparteien und andere aus der bürgerlichen Mitte, die den Begriff und seine Abkürzung mit Linksextremismus und Gewaltbereitschaft gleichsetzen. Vor zehn Jahren (2010) hat zum Beispiel die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eine Extremismusklausel eingeführt und erklärt, der Linksextremismus sei politisch genauso relevant und gefährlich wie Rechtsextremismus. Damit hat sie den Kampf gegen Rechtsextremismus für einige Jahre gehemmt.**
- **Ich bin gegen Gewalt, aber das Linksextremisten eine vergleichbare Gefahr für die Gesellschaft darstellen, wie Rechte, ist eine Mär. Außerdem sind es nicht die Rechtsextremisten, die gerade zentrale Institutionen wie die Bundeswehr, Behörden und Sicherheitsapparate unterwandern**



„Schwarze Menschen und People of Color sind zurzeit so etwas, wie die Kanarienvögel im Schacht, die früher beim Bergbau als Warnsystem mitgenommen wurden, weil sie empfindlicher auf giftige Gase reagierten als Menschen. Wir *Migranten* warnen auch schon eine ganze Weile davor, dass die demokratische Luft immer dünner wird.“

Sheila Mysorekar, Ko-Vorsitzende der Neuen deutschen Medienmacher*innen (singgemäß)

Ich hätte nicht gedacht, dass ich eines Tages dafür kämpfen würde, Antifaschismus salonfähig zu machen. Doch spätestens seit 2010 Thilo Sarrazin durch sämtliche Talkshows der Republik tingelte und um seine These von den dummen, muslimischen Einwanderern zu erklären, bin ich und sind viele andere BPoCs (Menschen mit erkennbarem „Migrationshintergrund“) alarmiert.

Und die Bundestagswahl 2017 war eine Zäsur.

Das braune Gedankengut ist wieder im Reichstagsgebäude angekommen, und dann gleich als stärkste Oppositionskraft.

Das hat das Leben in Deutschland verändert. Seither spüren sichtbare Minderheiten stärkere Ablehnung und öfter rassistische Übergriffe im Alltag. Muslime und Menschen, die für welche gehalten werden, stehen besonders unter Beschuss. Aber auch nichtmuslimische Migranten und Neue Deutsche nehmen wahr, dass die Debatten neu aufgerollt werden:

- Wollen *wir* überhaupt ein Einwanderungsland sein?
- Wie viele Migranten verträgt „*unsere*“ Gesellschaft?

Das ganze Überfremdungsblabla, in all seinen Facetten, bricht wieder über uns herein. Dass die AfD in den Bundestag eingezogen ist, deuten manche als Berechtigung für ihren Rassismus.

Viele Menschen bekommen das schon jetzt zu spüren.

Sie sind die Kanarienvögel. Wir sind die Kanarienvögel.

Ich halte es für eine reelle Gefahr, dass die rassistischen, antisemitischen, sexistischen, homosexuellen- und transfeindlichen Hetzer*innen politische Legitimation erfahren. Sie sind schon sehr präsent, alle können sie täglich ungefiltert im Internet und bisweilen sogar in den Parlamenten erleben. Und wenn die politisch etwas in diesem Land zu sagen haben, dann gute Nacht.

Nach der Sarrazin-Debatte habe ich es lange mit freundlicher Diplomatie versucht, habe einfühlsam diskutiert, wenn jemand Ressentiments als „Ängste“ deklarierte. Aber inzwischen glaube ich, dass die Samthandschuh-Rhetorik nicht sehr effektiv ist. Worte müssen wachrütteln. Und „Rassismus“ und „Antifaschismus“ tun das.

Warum „Antifaschismus“ das richtige Wort ist:

Es gibt die berechtigte Kritik an Anti-Konzepten, nur Anti-Etwas-sein ist nicht genug. Und außerdem kann man ein Frame nicht kritisieren, ohne die negative Erzählung wiederzugeben. Man bleibt im negativen Frame.

Aber in diesem speziellen Fall halte ich es für besonders wichtig, dass wir erstmal benennen, worum es geht: um die reelle Gefahr des Faschismus. Also ist Antifaschismus das richtige Wort.

Wir könnten es auch Anti-Rechtsextremismus nennen, aber Antifaschismus macht die Dimension besser deutlich: es geht um nichts geringeres als unsere Demokratie und nichtdarum, ein paar Neonazis am äußersten rechten Rand etwas entgegen zu setzen.

Die Gefahr:

**Faschismus wird
oft unterschätzt**

Viele glauben, Faschismus sei heute keine Gefahr mehr. Höchstens die Holocaust-Überlebende Esther Bejerano darf sich in einer Talkshow „Antifaschistin“ nennen. Aber außer bei ihr habe ich das Wort noch nie als Beschreibung für Talkshow-Gäste gelesen.

Wir hatten gerade diese Woche den Holocaust-Gedenktag und eine Feierstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag. Wir haben viel über die Nazi-Schreckensherrschaft und Erinnerung gesprochen. Doch man merkt: es fällt immer noch vielen schwer, Lehren von damals für heute zu ziehen, die eine Transferleistung erfordern. Sonst gäbe es keine Debatte darüber, ob man mit einer Partei zusammenarbeiten kann, die in ihren Parteiprogrammen einer religiösen Minderheit ganze Kapitel widmet.

Außerdem lehrt uns die Geschichte, wie leicht der Faschismus an die Macht kommen kann: Ob bei Adolf Hitler oder Benito Mussolini - es gab keine "Machtergreifung" oder einen "Marsch auf Rom". Beide kamen nicht mit einem gewaltsamen Putsch an die Macht. Sie kamen ganz gesittet an die Spitze, durch Wahlen und Bündnisse mit Etablierten. Und zwar, weil die etablierten Parteien und Politiker*innen keinen antifaschistischen Minimalkonsens hatten. 1932 wurde die NSDAP mit 33 Prozent der Stimmen gewählt, woraufhin Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt hat. Um ihn einzubinden. Wie das ausging, wissen wir.

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt:
("Wie Demokratien sterben", 2018)

"Jedes Mal glaubten die Eliten, die Beteiligung des Außenseiters an der Regierung würde ihn einhegen und die Macht der Mainstreampolitiker wiederherstellen. [...] Sehenden Auges übergaben sie die Schlüssel der Macht an einen angehenden Autokraten."

Sollte sich ein CDU- oder CSU-Landesverband mit der AfD zusammentun, werden sie uns bestimmt erklären, dass das der Demokratie guttue, weil man mehr Meinungsfreiheit zulasse.

Oder dass sich die Positionen der offen rechtsradikalen Partei in der Regierungsverantwortung schon zurechtschleifen würden.

Was man halt so sagt, wenn man mit Antidemokrat*innen paktiert, um die eigene Macht zu halten.

Die Herausforderung:

**Faschismus kommt
anfangs bürgerlich
daher**

Die Herausforderung:

Die italienische Autorin Michela Murgia hat aus aktuellem Anlass eine kurze Anleitung mit dem Titel "Faschist werden" verfasst. Ihr satirischer Bestseller bringt das Problem auf den Punkt:

Der Faschismus zeigt sein wahres Gesicht nie von Anfang an. Alle Führer geben sich erst mal volksnah und versprechen, die Ordnung wiederherzustellen.

Die politischen und ethnischen Säuberungen kommen erst später. Murgia erklärt, wie leicht man Demokrat*innen austricksen kann:

Michela Murgia, „Faschist werden“, 2018

"Wenn man bei Wahlen antritt und so klug ist, nicht explizit 'Wir sind Faschisten' zu rufen, besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass die blödsinnigen Demokraten einen antreten, Wählerstimmen einheimsen und sogar regieren lassen, in der hehren Überzeugung, man sei nichts weiter als ein Gegner, der eben etwas andere politische Ideen vertritt. [...] Sie werden uns 'Reaktionäre' nennen, 'neue Rechte' und 'Nationalisten'."

Sollte doch mal jemand auf die Idee kommen, den Faschismus zu benennen, Parteien zu verbieten oder vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, kann man laut rufen, dass die angeblichen Demokraten selbst Faschisten sind, weil sie keine andere Meinung zulassen.

Antifaschismus
- kleinster gemeinsamer
Nenner aller
Demokrat*innen

Unsere Verfassungsväter und -mütter waren kluge Leute und - damals selbstverständlich - Antifaschist*innen. Sie wussten, dass antidemokratische Gewaltherrschaften nicht für immer aus der Welt sind. Deswegen haben sie das Grundgesetz dagegen gerüstet.

Was wir brauchen, damit die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie funktioniert, sind:

1. standhafte, verlässliche Politiker*innen, die den Antifaschismus wieder als kleinsten gemeinsamen Nenner aller demokratischen Parteien betrachten.

2. Medien, die internationale Menschenrechte und das Grundgesetz als diskursiven Minimalkonsens betrachten.

3. Ein Kulturbetrieb, der diesen Minimalkonsens trägt

Antifaschismus als Minimalkonsens in den Medien:

Wer dagegen ist, ist nicht salonfähig und sollte nicht ohne kritische Einordnung Rederecht bekommen. So einfach ist das. Man lädt Thilo Sarrazin, Höcke usw. nicht in Talkshows ein und lässt sie einfach mitdiskutieren, wie alle anderen auch. Das untergräbt die Prinzipien und Werte, auf die wir uns als Norm geeinigt hatten.

Die pauschale Forderung „Mit Rechten reden“ und die Haltung vieler Journalisten, „wir bilden nur ab, was ist“ ist ein Kernproblem der Debatte.

Interessant ist, dass es nie heißt, mit Linksextremisten reden, mit Islamisten reden – die Faszination für verkappte Faschisten überträgt sich nicht auf andere fatale Haltungen. Sie sollte sich aber auf gar keine übertragen.

Das Missverständnis:

**Was heißt
„demokratisch
legitimiert“?**

Mangelhaftes Demokratieverständnis:

Wir befinden uns in einem historischen Rechtsruck. Trotzdem arbeiten viele so weiter, wie bisher. Sie sagen, eine Partei, die als drittgrößte Partei im Bundestag sitzt, ist demokratisch legitimiert und muss genau so berücksichtigt werden, wie die anderen. Aber ist das so?

Nicht nur AfD-Wähler*innen denken offenbar: Wenn eine Partei demokratisch gewählt ist, sind auch ihre Vertreter*innen und ihre Inhalte demokratisch legitimiert.

Das ist Quatsch.

Hier wird der Demokratiebegriff verbogen und auf fatale Weise verkürzt. Gerade Medienschaffende und Politiker*innen sollten das wissen: Demokratisch heißt keineswegs nur „vom Volk gewählt“. Laut Grundgesetz gilt bei uns die „freiheitlich demokratische Grundordnung“.

Das heißt, dass Gewaltherrschaft und Willkürherrschaft verboten sind, dass Minderheiten- und Menschenrechte geschützt werden, ebenso wie die Presse- und Meinungsfreiheit. Das alles gehört zu unserer Demokratie.

**Und was heißt eigentlich „neutraler Journalismus“?
Warum erwarten wir von Migrant*innen und Muslimen ein Bekenntnis
zum Grundgesetz und gegen Antisemitismus, aber Medienschaffende
selbst dürfen erst mal offen sein für jeden Standpunkt? Das Bekenntnis
zum Grundgesetz gilt auch für Medienschaffende, da hört die
Neutralität auf.**

**Die Lösung für unsere aktuelle politische Lage liegt auf der Hand:
Der Antifaschismus muss wieder bürgerlich werden. Er gehört nicht in
die linke Ecke.**

**Er muss, wie der Titel dieser Konferenz sagt, zum Minimalkonsens
erklärt werden.**

Wer Demokrat*in ist, ist auch Antifaschist*in. So einfach ist das.

Viele Bürger*innen in Deutschland haben das schon erkannt. Im Oktober 2018 war die #Unteilbar-Demonstration eine der größten Kundgebungen des Landes.

Mehr als 240.000 Menschen gingen in Berlin für ein menschenfreundliches und demokratisches Deutschland auf die Straße.

Auch bekannte Stars und Sternchen boten ihre Hilfe an. Denn egal ob Fluggewerkschaft, Naturschutzorganisation, Seniorenklub oder Eishockey-Verein:

Unteilbar gegen rechts – darauf konnten sich alle einigen.

**Demokrat*innen
sind
schöner**

Und klüger.